

VBE: Arbeitgeber müssen sich bewegen



Der Demonstrationzug durch Freiburg war sehr eindrücklich: Zwischen 1200 und 1500 Beschäftigte forderten 10,5 % mehr Gehalt. Bilder: Kim Laubner

Der Dachverband des VBE, der deutsche Beamtenbund (dbb) und der Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) vertreten -wie bekannt- nicht nur Beamte, sondern auch in nennenswerter Zahl Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Die laufenden Tarifforderungen im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen, die an den TVöD angeschlossen sind, werden von ver.di und Beamtenbund geführt. Der dbb-Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer (Berlin), und der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger (Stuttgart) hielten eindrucksvolle Referate anlässlich der Kundgebung.



Am 16. März in Freiburg – zwischen der zweiten und dritten Tarifrunde – hatte der dbb zu Streik und Demonstration aufgerufen. Viele Erzieherinnen sind diesem Aufruf gefolgt und versammelten sich folgerichtig beim VBE, um die mickrigen Gehaltsvorstellungen der Arbeitgeber zu konterkarieren. Unterstützt wurden sie von Pensionären,

Beamten und den 23 weiteren Fachverbänden im bbw, wobei die (grünen) Straßenwärter optisch dominierten. Insgesamt kamen zwischen 1200 und 1500 Streikende und Demonstrierende zusammen. Auch der VBE konnte mit einer eindrucksvollen Delegation aufwarten.

Die Arbeitgeberseite muss sich jetzt endlich bewegen“, bekräftigte Volker Geyer bei der zentralen Protestkundgebung. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten Deutschland in den vergangenen fast drei Jahren „vorbildlich, mit höchstem Engagement und sehr erfolgreich“ durch die Dauerkrisen geführt. „Jetzt ist es an der Zeit, dass die Kolleginnen und Kollegen dafür eine ordentliche und faire Lohnerhöhung erhalten. Weitere Mogelpackungen und Nebelkerzen werden wir nicht akzeptieren!“



Kai Rosenberger unterstrich: „Wer krisenresilient werden will, muss dafür zu allererst in die wichtigste Ressource investieren - in die Beschäftigten. Gleich, ob Tarifpersonal oder Beamtinnen und Beamte: Nur eine konkurrenzfähige Vergütung, moderne Strukturen und zeitgemäße Arbeitsbedingungen können dafür sorgen, genügend Fach- und Nachwuchskräfte in den öffentlichen Dienst zu holen. Und davon fehlen uns aktuell mindestens 360 000.“

Wissenswertes

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie Auszubildende (6.350 beim Bund, 56.300 bei den Kommunen), Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen und auch knapp 190.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter (16.885 beim Bund) sowie über 500.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die dritte und vorerst letzte terminierte Verhandlungsrunde ist für den 27./28. März 2023 in Potsdam geplant.

Text: dbb/BBW und jo-kl

Bilddokumentation:

Demonstration des dbb/BBW/VBE am 16. März 2023 in Freiburg

